Presseinformation

7. Dezember 2022

Land NÖ setzt weitere Schwerpunkte zur Energieunabhängigkeit

LH-Stv. Pernkopf/LR Eichtinger: Bis 2035 sollen 130.000 neue PV-Anlagen errichtet werden

Niederösterreich erzeugt aktuell mehr als die Hälfte der österreichischen Windenergie und rund ein Viertel der Photovoltaik-Energie. Nun sollen weitere Schritte folgen: „Wir gehen unseren Weg zur blau-gelben Energieunabhängigkeit. Neben der Verdreifachung der Windkraft-Leistung werden wir besonders auch die Photovoltaik massiv ausbauen. Bis 2035 wollen wir die Leistung sogar vervierfachen und 130.000 neue PV-Anlagen in Niederösterreich errichten. Hauptsächlich sollen diese PV-Anlagen auf Dächern, Parkplätze und anderen versiegelten Flächen Platz finden. Die neue Regelung für geförderte Wohnbauten ist dabei ein besonders wichtiger Schritt – für den Ausbau der Erneuerbaren Energie und auch für den Schutz gegen weitere Bodenversiegelung, wenn PV-Anlagen auf Dächern statt auf Äckern errichtet werden“, so Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf und ergänzt: „Insgesamt reden wir alleine bei Wind-und Sonnenstrom von Investitionen von 5,6 Milliarden Euro, die unsere Energiewende in Niederösterreich auslösen wird.“

In der gestrigen Regierungssitzung wurde eine Adaption der Wohnbauförderrichtlinien beschlossen. „Aufgrund der in der Wärmestrategie langfristig geplanten Dekarbonisierung und der aktuellen Energiekrise soll jede Möglichkeit in Betracht gezogen werden, erneuerbare Energie zu erzeugen. Wir verpflichten daher die Gemeinnützigen Wohnbauträger in Zukunft beim Neubau, PV-Anlagen auf den Dächern zu errichten, um die Förderungen des Landes Niederösterreichs zu erhalten. Niederösterreich ist damit das dritte Bundesland, das die Richtlinien der Wohnbauförderung dahingehend adaptiert hat, um die Energiewende voranzutreiben“, erklärt Wohnbau-Landesrat Martin Eichtinger den Beschluss und weiter: „2021 bewilligte das Land Niederösterreich rund 1.660 PV-Anlagen für Projekte im geförderten Wohnbau. Mit der Verpflichtung werden wir hier deutlich zulegen können. Niederösterreich baut nach Wien im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die meisten geförderten Wohnungen. Damit werden wir pro Jahr rund 4.000 Wohneinheiten mit PV-Anlagen versorgen.“ Die neue Richtlinie gilt ab 1. Jänner 2023. Auch die Sanierungsbewilligungen im geförderten Wohnbau zeigen einen klaren Trend zur Energiewende: „Die Sanierungen sind so hoch wie noch nie. In den letzten fünf Jahren konnte die Förderung um 86 Prozent gesteigert werden.“ Im November etwa wurden rund 1.806 Wohneinheiten sowie sieben Ordinationen und zwei Wohnheime für eine Sanierung genehmigt. Auch bei den Häuslbauern und Eigenheimen ist ein ähnlicher Trend zu erkennen.

Dass sich das Energiewärmegesetz (EWG) nun verzögert, ist ein Stolperstein auf den Weg

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse

Philipp Hebenstreit
Tel.: 02742/9005-13632
E-Mail: presse@noel.gv.at

zur Energieunabhängigkeit. „Niederösterreich tut, was ein Land tun kann, um die Energiewende voranzutreiben“, sind sich Pernkopf und Eichtinger einig doch „was es aber nun auch endlich braucht ist eine Vereinfachung der PV-Förderung durch das Klimaministerium.“

Wer auf erneuerbare Energien umsattelt, braucht Planungssicherheit. Die sei oftmals nicht gegeben. „Derzeit müssen sich alle, die eine Förderung für die PV-Anlage wollen, kompliziert bei Fördercalls anstellen, die binnen weniger Minuten wieder geschlossen werden. Nur die schnellsten bekommen dann eine Förderung, 100.000 Menschen in ganz Österreich sind dabei heuer schon durch den Rost gefallen, obwohl sie ganz konkret etwas für den Klimaschutz und die Energiewende machen wollen. Ich fordere eine sofortige Umstellung, alle diese Anlange müssen bedient und umgesetzt werden. Die Menschen dürfen nicht zu Bittstellern degradiert werden“, fordert Pernkopf.

Nähere Informationen: Büro LH-Stv. Pernkopf, Pressesprecher Jürgen Maier, Tel.: 0676/81215283, E-Mail: j.maier@noel.gv.at bzw. Büro Landesrat Martin Eichtinger, Pressesprecher Mag. Stefan Kaiser, Tel.: +43 2742-9005-13443, E-Mail: stefan.kaiser@noel.gv.at